

Name: Ekin Deligöz

Alter:

Beruf: MdB

Wohnort:

Partei: Bündnis 90/Die Grünen



1. In medialen, gesellschaftlichen und politischen Debatten empfinden wir Landwirte, dass wir oft als Schuldige für alles hingestellt werden. Wie stehen Sie dazu? Was tun Sie, um hier Vorurteile abzubauen?

Einfache Schuldzuweisungen sind weder hilfreich noch werden sie der Realität gerecht. Die gesellschaftlichen und teilweise globalen Herausforderungen vor denen wir stehen sind immens und außerordentlich komplex. Landwirt*innen leisten täglich harte Arbeit und sorgen für eine gute und sichere Nahrungsmittelversorgung. Das verdient gesellschaftliche Anerkennung, gar keine Frage. „Die Landwirtschaft“ ist nicht „schuld“ an gesellschaftlichen und globalen Problemen, die Art und Weise, wie wir Nahrungsmittel im globalen Zusammenhang erzeugen und verbrauchen trägt jedoch zu zahlreichen globalen Problemen wie dem Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Umweltproblemen bei. Es kommt darauf an Landwirtschaft so zu gestalten, dass sie zur Lösung dieser Probleme beiträgt statt sie zu verstärken. Ein solch grundlegender Wandel hin zu einer ökologischen Landwirtschaft kann nur gemeinsam mit den Landwirt*innen gelingen.

2. Bei uns besteht der Eindruck, dass sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung der Tierhaltung sehr am gesellschaftlichen Mainstream orientieren. Wie stellen Sie sich eine praxistaugliche Umsetzung vor?

Dass sich Politik an gesellschaftlichen Mehrheiten orientiert, ist für uns eine demokratische Selbstverständlichkeit. Der Begriff „gesellschaftlicher Mainstream“ wird in der gesellschaftlichen Debatte von manchen Stimmen jedoch häufig negativ besetzt. Die Lösung von Problemen kann aber nur mit einem gesellschaftlichen Konsens erreicht werden, der die breite Mitte der Gesellschaft abbildet. Der Umbau der Tierhaltung hin zu einer gesellschaftlich akzeptierten ist mit erheblichen Kosten verbunden und muss für Bäuerinnen und Bauern mit einer langfristigen Planbarkeit und Einkommensmöglichkeiten verbunden sein. Die Umsetzung der Empfehlungen

der Borchert-Kommission stellt für uns einen gesellschaftlichen Konsens und einen praxistauglichen Fahrplan mit einer langfristigen Planbarkeit dar.

3. Die immer stärker ausufernde Bürokratie raubt unseren Landwirten die Zeit, sich auf das Wesentliche – nämlich Tierhaltung, Pflanzenbau und Management – zu konzentrieren. Was tun Sie dafür, hier eine Kehrtwende einzuleiten?

Wir setzen uns für unbürokratische Lösungen und eine Entlastung von landwirtschaftlichen Betrieben ein, z.B. im Rahmen von automatisierten, digitalen Erfassungssystemen beim Agrarantrag und dessen Kontrolle. Nichtsdestotrotz werden die Anforderungen der Gesellschaft an die Landwirtschaft auch hinsichtlich der Einhaltung von rechtlichen Vorgaben angesichts der drängenden globalen Probleme im Bereich Klima-, Biodiversitäts- und Tierschutz steigen. Es muss aber gelten, dass Bäuerinnen und Bauern ihre Kernaufgaben der umweltgerechten Erzeugung von Nahrungsmitteln erfüllen können müssen. Insbesondere kleineren und mittleren Betrieben dürfen nicht an übermäßigen bürokratischen Auflagen scheitern, die größere Betriebe einfacher erfüllen können.

4. Das eigenständige agrarsoziale Sicherungssystem (SVLFG) trägt zu einer umfassenden Absicherung unserer bäuerlichen Familien bei und ist europaweit einzigartig. Allerdings verursacht der agrarstrukturelle Wandel leider auch eine Erosion der aktiven Beitragszahler. Daher bedarf es dauerhaft der Gewährung von Bundesmitteln, um die notwendigen Ausgaben zu decken. Wie stehen Sie zum Erhalt dieses eigenständigen sozialen Sicherungssystems?

Wir setzen uns für eine Regionalisierung und Dezentralisierung von Erzeugung, Verarbeitung und Verbrauch ein. Wir wollen eine Tierhaltungskennzeichnung und eine regionale Herkunftskennzeichnung, um Produktionsverfahren und qualitativ hochwertige Produkte sichtbar zu machen. Wir wollen Wertsteigerung für Erzeuger*innen durch Qualitätsproduktion und Regionale Spitzenprodukte statt Billigexporte für den Weltmarkt. Dazu gehören auch Exporte von hochwertigen regionalen Produkten mit hoher Wertschöpfung für Erzeuger*innen. Wir wollen hohe europäische Standards (da wo sie tatsächlich existieren) gegenüber Importen auch schützen. Bei den EU-Handelsabkommen müssen deshalb die strikte Einhaltung der Menschenrechte, Klimaschutz, Biodiversität, Tierwohl, Vorsorgeprinzip, kostendeckende Preise für Erzeuger*innen und Arbeitnehmer*innenrechte die Voraussetzung für deren Ratifizierung sein.

5. Biobetriebe leisten gute Arbeit. Konventionelle Betriebe leisten gute Arbeit. Dennoch werden sie in der öffentlichen Diskussion ständig

gegeneinander ausgespielt. Was tun Sie dafür, dass diese Schwarz/Weiß-Debatte endlich aufhört?

Es gibt schlecht geführte Biobetriebe, genauso wie gut geführte konventionelle Betriebe. Ein Gegeneinander sollte es nicht geben, dafür aber eine hohe Problemlösungsorientierung. Es ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, dass ökologisch wirtschaftende Betriebe in der Tendenz oft weniger negative Umweltwirkungen verursachen. Insbesondere Probleme der flächenunabhängigen Intensivtierhaltung durch Nährstoffüberschüsse, weniger artgerechte Tierhaltungsverfahren und Stickstoffemissionen müssen dringend gelöst werden, genauso wie die strukturwandelbedingte Verarmung der Agrarlandschaft und der Verlust bäuerlicher Strukturen. Das erfordert gut geführte ökologische wie konventionelle Betriebe. Der weitere Ausbau des Ökolandbaues ist dafür ebenfalls wichtig.

6. Das Thema Pflanzenschutz wird emotional diskutiert. Wenn Landwirte keine großen Ernte- und Qualitätsverluste einfahren möchten, dann ist der Schutz der Kulturen aber vonnöten. Was tun Sie dafür, eine Versachlichung der Debatte zu erreichen?

Wir setzen uns für eine sachliche, fachliche und lösungsorientierte Debatte ein. Die Gefahren durch den Einsatz von Pflanzenschutzmittel und anderen Wirkstoffen müssen dringend weiter reduziert werden

7. Die deutsche Politik setzt die Produktionsstandards für die heimischen Landwirte immer weiter nach oben. Gleichzeitig drängen über die offenen Märkte billig produzierte Güter aus dem Ausland in die deutschen Regale (Stichwort Flüssig-Ei und Eier aus Käfighaltung). Wie wollen sie die heimischen Landwirte in diesem Spannungsfeld wettbewerbsfähig halten? Und wie wollen Sie das für andere Erzeugnisse verhindern?

Wir setzen uns für eine Regionalisierung und Dezentralisierung von Erzeugung, Verarbeitung und Verbrauch ein. Wir wollen eine Tierhaltungskennzeichnung und eine regionale Herkunftskennzeichnung, um Produktionsverfahren und qualitativ hochwertige Produkte sichtbar zu machen. Wir wollen Wertsteigerung für Erzeuger*innen durch Qualitätsproduktion und Regionale Spitzenprodukte statt Billigexporte für den Weltmarkt. Dazu gehören auch Exporte von hochwertigen regionalen Produkten mit hoher Wertschöpfung für Erzeuger*innen. Wir wollen hohe europäische Standards (da wo sie tatsächlich existieren) gegenüber Importen auch schützen. Bei den EU-Handelsabkommen müssen deshalb die strikte Einhaltung der Menschenrechte, Klimaschutz, Biodiversität, Tierwohl, Vorsorgeprinzip, kostendeckende Preise für Erzeuger*innen und Arbeitnehmer*innenrechte die Voraussetzung für deren Ratifizierung sein.

8. 50 Prozent der schwäbischen Milchbauern halten ihre Kühe in Anbindehaltung. Wie stehen Sie zu einem generellen Verbot dieser Haltungsform? Trauen Sie sich, dafür auch öffentlich Ihre Stimme zu erheben?

Die ganzjährige Anbindehaltung ohne Zugang zu Weideflächen ist mit tierschutzrelevanten Problemen verbunden und stößt auf gesellschaftliche Akzeptanzprobleme. Dazu kommt, dass der Handel zunehmend Betriebe mit ganzjähriger Anbindehaltung ohne Zugang zu Weideflächen ausschließt. Wir wollen betroffene Bäuerinnen und Bauern beim Umbau der Tierhaltung begleiten und unterstützen. Die bäuerlichen und traditionellen Erzeugerstrukturen müssen soweit wie möglich erhalten werden und der Strukturwandel sozialverträglich gestaltet werden. Betrieben sollte durch Umbau von Altgebäuden oder Umnutzung sowie die Ermöglichung des Zugangs zu Weideflächen Perspektiven angeboten werden.

9. Die Versiegelung landwirtschaftlicher Flächen durch Wohn-, Gewerbe- und Infrastrukturbau schreitet in Bayern und in ganz Deutschland stetig voran. Die Forderung nach einer nachhaltigen, regionalen Lebensmittelversorgung, nach Biodiversität und Artenschutz steht dazu in krassem Widerspruch. Welche Ansätze sehen Sie, diese massiven Konflikte aufzulösen?

Wir wollen den landwirtschaftlichen Flächenverbrauch auf ein Minimum reduzieren, landwirtschaftliche Räume und Flächen erhalten und bäuerlichen Betrieben eine Perspektive geben. Dafür ist es notwendig altgenutzte und Brachflächen bei Bauprojekten in die vorrangige Nutzung zu bringen statt landwirtschaftlicher Flächen zu versiegeln.

Landwirtschaftliche Flächen sind jedoch unverzichtbar für die nachhaltige Nahrungserzeugung, Grundwasserneubildung, als Resorptionsfläche bei Starkregenvorsorge oder Überschwemmungen und auch für Kaltluftproduktion in der Umgebung der Städte. Landwirtschaftliche Flächen werden immer noch unzutreffend als "Frei"-flächen begriffen als reine Verfügungsmasse für die Entwicklung von Gewerbe- und Industrie, den Abbau von Rohstoffen und den Bau von Wohnungs- und Büroflächen. Sie stehen zusätzlich doppelt unter Druck: Für die konkrete Flächeninanspruchnahme und zusätzlich für den ökologischen Ausgleich dieser Eingriffe.

Deshalb braucht es eine bessere Zusammenarbeit in der Landes-, Regional und der Bauleitplanung sowie eine effektive Koordination auf Länderebene. Bundesraumordnung und Landesentwicklungspläne müssen eindeutige Ziele zur Reduzierung des Flächenverbrauchs festlegen. Wir brauchen eine Auszeichnung von explizit landwirtschaftlichen Vorbehaltsflächen für die nachhaltige Nahrungserzeugung. Durch eine Festschreibung im Bundesraumordnungsgesetz mit einer Umsetzung über die Landes-, Regional- und Bauleitplanung. Wir brauchen darüber hinaus ein zukunftsweisendes Verfahren für den Flächenausgleich und die

Kompensation mit mehr produktionsintegrierten Kompensationsmaßnahmen.

10. Warum soll ein Bauer / eine Bäuerin SIE wählen?

Wir setzen uns für den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft und echte Zukunftsperspektiven für bäuerliche Betriebe ein. Dies kann nur gelingen, wenn wir Landwirtschaft mit sich verändernden gesellschaftlichen Erfordernissen in Einklang bringen, unserer Lebensgrundlage schützen und die planetaren Grenzen respektieren. Wir brauchen Planungssicherheit für Betriebe, das geht nur mit langfristigen Entwicklungsperspektiven, gerade beim Umbau der Tierhaltung. Wir wollen mehr Wertschöpfung für bäuerliche Betriebe durch wertschöpfungsstarke Qualitätsproduktion und mehr regionale Spitzenprodukte sowie eine Regionalisierung und Dezentralisierung von Erzeugung, Verarbeitung und Verbrauch, gerade auch im Bereich des Lebensmittelhandwerkes.

11. Gibt es eine Botschaft, die Sie an unsere Landwirtschaftsfamilien richten wollen?

Niemals aufgeben - gemeinsam bäuerliche Landwirtschaft erhalten!